

Weg frei für City Maut

Grüne im Landtag drängen auf landesgesetzliche Regelung

In zahlreichen Kommunen im Land sind die EU-Grenzwerte für Stickoxid und Rußpartikel, wie sie vor allem von Dieselfahrzeugen emittiert werden, derzeit nicht einzuhalten. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat deshalb schon versucht, die Grenzwerte durch eine Bundesratsinitiative aufzuweichen. Die Grünen im Landtag haben nun einen Antrag eingebracht, mit dem sie den Kommunen mehr Handlungsspielraum geben wollen. Der verkehrspolitische Sprecher Boris Palmer sagte dazu: „Wir wollen lieber etwas gegen die Luftschadstoffe als gegen die Grenzwerte unternehmen.“

In vielen Städten im Land könnte eine City-Maut einen Beitrag zu Luftreinhaltung und zur Verbesserung des Verkehrssystems leisten. Die Einnahmen aus der Maut stünden den Kommunen zu und sollten nach Meinung der Grünen für die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs eingesetzt werden, um das Umsteigen zu erleichtern. Palmer: „In London hat sich gezeigt, dass eine Maut akzeptiert wird, wenn der Verkehr dann flüssig fließt und genug Platz in Bussen und Bahnen geschaffen wird.“

Die Sorge, der Einzelhandel könne unter einer City-Maut leiden, muss nach Auffassung der Grünen beachtet werden. So könne über Erstattungsleistungen bei Einkäufen ähnlich wie bei Parkgebühren nachgedacht werden. Der Handel könne von einer Maut auch Vorteile haben, denn viele Kunden schrecken ein Stau auf dem Weg in die City mehr ab als eine Gebühr.

Für die oft vom Verkehr geplagten zentralen Kommunen hätte die City-Maut zwei weitere Vorteile: Sie könnten sich eine neue Einnahmequelle verschaffen, die auch den Durchgangs- und Einpendelverkehr erfasst und unerwünschte Verlagerungseffekte durch die LKW-Maut, wie sie etwa in Stuttgart beobachtet werden, wirksam bekämpfen.

Notwendige Voraussetzung für die Erhebung einer City-Maut ist eine gesetzliche Ermächtigung. Diese kann, so die Grünen, vom Landtag geschaffen werden. Die Erhebung von Straßenbenutzungsgebühren ist im Grundgesetz der konkurrierenden Gesetzgebung zugeordnet. Da der Bund von diesem Recht bislang nur auf Autobahnen und nur für LKW Gebrauch macht, können die Länder eigene Regelungen erlassen.

Palmer: „In Baden-Württemberg ist der Verkehr oft besonders dicht. Wir wollen den Kommunen nichts vorschreiben, aber wir wollen Ihnen das Instrument City-Maut zur eigenen Entscheidung zur Verfügung stellen. Minister Mappus und Ministerpräsident Oettinger haben sich verschiedentlich für eine allgemeine PKW-Maut ausgesprochen. Wir sind gespannt, ob sie bei der City-Maut vorangehen oder wieder nur auf den Bund verweisen werden.“